

Redebeitrag von Joris Voorhoeve auf der Deutsch-Niederländischen Konferenz
8. November 2010, Den Haag

Herr Vorsitzender, Exzellenzen, meine Damen und Herren!

Um ein Land gut zu regieren, bedarf es gut funktionierender Institutionen und selbständig denkender Menschen. In den Niederlanden sind wir immer davon ausgegangen, dass es uns an beidem nicht mangelt. Die Unruhe, die in jüngster Zeit im Zusammenhang mit den letzten Parlamentswahlen und der Regierungsbildung entstanden ist, bietet jedoch wenig Anlass zur Zufriedenheit. Viele Kommentatoren im In- und Ausland, viele Bürger und viele niederländische Institutionen sind besorgt über den zunehmenden Rechtspopulismus, wie dieses Phänomen leichthin genannt wird. Was ist das für ein Phänomen, welche Ursachen hat es, was sind seine möglichen Folgen? Ich kann diese Fragen nur ansatzweise beantworten.

Es handelt sich um eine unter den Wählern seit zehn Jahren wachsende Gegenbewegung, die sich durch folgende Merkmale kennzeichnet:

- Ablehnung des Islam und nichtwestlicher Ausländer
- Ablehnung des Internationalismus
- Ablehnung einer intensiven Umweltpolitik
- Anti-Intellektualismus: Sachverständige sind per se verdächtig. Die Diskussion mit Andersdenkenden wird gemieden. Die Gegner werden mit knappen Behauptungen angegriffen, danach entzieht man sich der Debatte und der Nachprüfung der Behauptungen.
- Anti-Elitarismus: Die Führer der etablierten Parteien und Institutionen liegen angeblich falsch, verfolgen eigene Interessen und haben den Kontakt zu den Bürgern verloren; ihre Versprechen halten sie sowieso nicht ein.
- Autokratie: Die neue Strömung verehrt *einen* Anführer, ist nicht als Vereinigung organisiert und hat praktisch keine geregelten Parteiämter und auch keine Regeln für die Verabschiedung des Parteiprogramms. Man applaudiert.
- Konfrontativ: Gegner werden herabgewürdigt, verbal attackiert und als »links« abgestempelt. Bei Kritik an der eigenen Strömung wird die angebliche Dämonisierung beklagt.

Da sich diese Strömung vor allem durch ihre ablehnende Haltung kennzeichnet und weder über eine durchdachte Ideologie verfügt noch als Partei organisiert ist, spreche ich hier von einer Gegenbewegung. Sie ist nicht revolutionär, da sie nicht darauf abzielt, das Staatssystem oder die Gesellschaft mit systemfremden Mitteln grundlegend zu verändern. Es gibt auch keine Rassenlehre. Dass westliche Auffassungen dem Islam gegenüber für überlegen erklärt werden, ist allein noch kein Rassismus. Darüber hinaus findet keine Verherrlichung politischer Gewalt statt. Aus diesem Grund wäre es falsch und beleidigend, hier von Faschismus zu sprechen. Auch die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ursachen des Faschismus sind nicht gegeben. Die Niederlande leiden nicht unter extremen Reparationszahlungen, einer galoppierenden Inflation und hoher Arbeitslosigkeit.

Nein, im Vergleich mit anderen Ländern sind die Niederlande eigentlich sehr gut aufgestellt, und die Bevölkerung liegt, was die menschliche Entwicklung (den Human Development Index) und die soziale und persönliche Zufriedenheit angeht, international weit vorn. Die Gegenbewegung ist also ein interessantes politisch-psychologisches Phänomen, dessen Ursachen nicht leicht zu benennen sind.

Man muss die Gegenbewegung ernst nehmen, sollte es aber auch nicht übertreiben. In allen Ländern hat es immer einen unzufriedenen Teil der Wählerschaft gegeben. Meist sind die Unzufriedenen auf mehrere Strömungen verteilt. Seit etwa zehn Jahren werden sie in den Niederlanden mobilisiert, aber die Strömung ist nicht homogen. Es bleibt abzuwarten, ob sie einmal eine konsistente Parteistruktur haben wird. Bemerkenswert ist allerdings, dass sich zwei etablierte Parteien von dieser Strömung abhängig gemacht haben, obwohl auch andere Konstellationen möglich sind. Wie lange die aktuelle Dreiparteienkoalition halten wird, kann noch niemand sagen. Die entscheidende Frage scheint mir zu sein, welche Folge Konflikte in der Koalition bei den Christdemokraten haben werden.

Die Frage, was der aktuelle Anführer dieser neuen Strömung – außer Einflussnahme – politisch erreichen will, lässt sich mit einem Blick in das Parteiprogramm der PVV, der Partei für die Freiheit, beantworten: erhebliche Verringerung der Zuwanderung, Streichung der Verpflichtung zur Förderung der internationalen Rechtsordnung aus der Verfassung, Abschiebung von Ausländern, die sich nicht an das Gesetz halten, Abschaffung des Europäischen Parlaments, starke Beschränkung des Einflusses der EU, substantielle Senkung der EU-

Beiträge, Abschaffung der Entwicklungszusammenarbeit zur Armutsbekämpfung. Und so gibt es noch mehr, was man reduzieren oder abschaffen will. Die sozialen Sicherungssysteme sollen dagegen weitgehend erhalten bleiben, und auch das Steuersystem soll nicht reformiert werden. Die Polizei soll verstärkt werden, notfalls soll Hooligans in die Beine geschossen werden können.

Einige dieser Vorschläge erinnern an politische Protestbewegungen in anderen Ländern wie zum Beispiel Belgien, Dänemark, Schweden, Australien oder den Vereinigten Staaten. Die Kunst liegt somit darin, die eigentlichen Ursachen zu verstehen und nicht zu glauben, dies alles würde in den Niederlanden von einem einzelnen Politiker ausgelöst. Anführer derartiger Bewegungen machen sich die Stimmung bei einem Teil der Bevölkerung zunutze und mischen dem Ganzen noch einige persönliche Aspekte bei, wie im aktuellen Fall die uneingeschränkte Unterstützung der Regierungspolitik Israels.

Auffällig in den Niederlanden sind der schnelle Zuwachs der Gegenbewegung und die Reaktion eines Teils der etablierten politischen Lager und der Medien. Für die Medien ist der PVV-Chef immer eine Schlagzeile wert. Ebenso wie sein Vorgänger Pim Fortuyn weiß Geert Wilders, wie er die Medien für seine Zwecke nutzen und die Aufmerksamkeit auf sich ziehen kann: kurze, provokante Bemerkungen; viel Aufhebens um Kritik an der eigenen Person; Fragen werden nicht inhaltlich beantwortet, sondern als Aufhänger für weitere Äußerungen genutzt, die bei einem Teil des Publikums auf Zustimmung stoßen werden. Es geht nicht um Führung, sondern um Mobilisierung. Es geht nicht darum, den Menschen Hoffnung zu geben, sondern ihren Unmut zu organisieren.

In einigen gefestigten Demokratien schwindet die Autorität der politischen Entscheidungsstrukturen. Trotz des Wohlstands und des hohen Versorgungsniveaus verzeichnen Oppositionsbewegungen, die heftige Kritik an den etablierten Parteien üben, in reichen Ländern Zuwachs. Bei einem Teil der Wählerschaft wird die politische Bindung immer schwächer, die Präferenzen wechseln schnell. In mehreren Ländern scheint die Stabilität des überkommenen demokratischen Gefüges abzunehmen. Dies hat viele Ursachen; die Kritik am Zustrom von Einwanderern ist längst nicht die einzige.

Um die Unruhe in etablierten Demokratien zu verringern und das Funktionieren der demokratischen Strukturen zu verbessern, stehen mehrere Möglichkeiten offen.

1. Sofern die Unzufriedenheit bei einem Teil der Wählerschaft auf einen hohen Zustrom von Migranten und Flüchtlingen zurückgeht, liegt die Lösung zum Teil in einer besseren Regulierung dieses Zustroms, in der Intensivierung von Integrations- und Assimilationsprogrammen sowie von Sprachkursen, in Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, der Bildungsangebote und der Beschäftigung in Stadtvierteln, die in besonderem Maße mit Problemen in diesen Bereichen zu kämpfen haben. Ein wichtiger Motor der Integration ist die Beschäftigung für Geringqualifizierte. Wenn hohe Arbeitslosigkeit unter Geringqualifizierten durch hohe Bruttolohnkosten in Wohlstandsländern noch gesteigert wird, kann eine Senkung der Steuern und Sozialabgaben im Bereich der untersten Lohnschichten die Beschäftigung und Integration fördern. Indem die Steuerbelastung auf Energie und Rohstoffe verlagert und zugleich die Belastung der Einkommen umgestaltet wird – etwa durch eine Beschränkung der Abzugsmöglichkeiten und die stärkere Besteuerung höherer Einkommen –, kann eine Veränderung erreicht werden, ohne die bestehenden Defizite zu erhöhen.

Geringqualifizierte Niederländer fürchten, ihre Jobs an billige Arbeitskräfte aus dem Ausland zu verlieren. Hochqualifizierte Zuwanderer würden häufig gern mehr zur Gesellschaft beitragen, aber ihre ausländischen Abschlüsse werden nicht immer anerkannt. Migranten aus bestimmten Ländern sind häufiger in den Kriminalitätsstatistiken vertreten, insbesondere in Großstädten. Manche Bürger meinen, dass »die Politik« hier nichts unternimmt. Dies hängt mit einem zunehmenden politischen Zynismus zusammen: Immer mehr Menschen glauben, dass die Politiker ihre (Wahl-)Versprechen nicht einhalten, und verlieren dadurch das Vertrauen in die etablierten Parteien. Grundsätzlich wird die Demokratie jedoch von einer großen Mehrheit bejaht.

2. Eine völlig andere Ursache des Autoritätsverlustes von Politikern liegt in der Unübersichtlichkeit der Entscheidungsprozesse und in der Fokussierung der Berichterstattung auf die Tagespolitik.

Infotainment, die Vermischung von politischen Informationen und Unterhaltung, ist eben einträglicher als mühsame Aufklärungsarbeit. Hierdurch sehen die Bürger in der Politik eine Art Wettstreit verschiedener Personen und Positionen. Die Ablösung informativer Nachrichtensendungen durch Talkshows und die Ersetzung von Fachjournalisten durch Meinungsmacher ist alles andere als ein Fortschritt.

In vielen Ländern könnten eigenständige Qualitätsmedien gefördert werden, die die Bürger mit politischen Informationen versorgen und über Abonnements, staatliche Beihilfen und Rundfunkgebühren finanziert werden. Informationsmedien können eine intellektuell unabhängige Nachrichtenversorgung übernehmen, die für die demokratische Ordnung von wesentlicher Bedeutung ist. Schließlich muss nicht alles den kommerziellen Medien überlassen werden. Die Bürger brauchen eine zuverlässige Kommunikation über den Staat, die Demokratie, das Handeln der Verwaltung und die Arbeit von Abgeordneten, um im demokratischen System ihre Kontrollfunktion angemessen erfüllen zu können.

Darüber hinaus wäre es von Vorteil, mehr Distanz zwischen Parlament und Medien zu schaffen. Häufig müssen Abgeordnete in hastigen Kurzinterviews Stellung zu Vorschlägen nehmen, ohne dass sie Gelegenheit gehabt hätten, sie gründlich zu studieren. Der Vorrang, den Ministerien den Medienvertretern gegenüber den Abgeordneten einräumen, steht eigentlich im Widerspruch zu den Grundprinzipien der parlamentarischen Demokratie. Die Medien selbst verfügen nicht immer über effektive Qualitätskontrollen und Korrekturmechanismen. Es wird kaum unabhängige, professionelle Öffentlichkeitsarbeit geleistet. Der Wettbewerb in diesem Bereich erhöht das Tempo und reduziert den Inhalt. Durch das Internet und den stetigen Rückgang bei den Auflagenzahlen der kostenpflichtigen Zeitungen gibt es immer weniger Raum für fundierten Hintergrundjournalismus. Die Leser und Zuschauer können selbst nur schwer beurteilen, wie zuverlässig bestimmte Meldungen und Kommentare sind. Die Abbildung von Rede und Widerrede und eine gründliche Recherche sind Merkmale des guten Journalismus. Ein Gütesiegel für Qualitätsmedien könnte hier etwas bewirken, ohne die Nachrichtenfreiheit zu beeinträchtigen. Dies ist vor allem deshalb wichtig, weil der größte Teil der Online-Nachrichten auf den professionellen Medien basiert; deren Informationen werden auf elektronischem Wege verbreitet und mit unprofessionellen Nachrichten vermischt.

3. Es besteht auch die Möglichkeit, die Zahl der einflussreichen Politiker zu verringern und die Entscheidungsprozesse zu verkürzen. Einige historisch gewachsene Institutionen haben keine klare Funktion mehr und könnten abgeschafft oder zusammengelegt werden. Eine Vereinfachung macht die Abläufe für die Bürger transparenter. Viele Aufgaben könnten übersichtlicher zusammengefasst werden.

Die politische Führungsdichte ließe sich auch verringern, indem die Position der Abgeordneten gestärkt, ihre Qualität verbessert und ihre Zahl reduziert wird. Der Wähler kennt die wenigsten der unzähligen Abgeordneten, die er bei einer Wahl beurteilen muss. Er muss im Prinzip zu viel mehr Volksvertretern Vertrauen haben, als er überschauen kann, und sich letztlich für eine Einzelperson entscheiden, indem er ihr seine Stimme gibt. Weniger, aber dafür besser ausgewählte Abgeordnete würden für mehr Übersichtlichkeit sorgen. Jeder Volksvertreter sollte über einen sachverständigen Stab verfügen, der es ihm ermöglicht, sich in allen wichtigen Fragen der Politikontrolle und der Gesetzgebung ein fundiertes und unabhängiges Urteil zu bilden. Das kann den Parlamentarismus enorm stärken. Die gewählten Volksvertreter werden dann verstärkt nach ihren *eigenen* Entscheidungen und Handlungen beurteilt. Auf diese Weise erhielten die Abgeordneten mehr Gewicht, mehr Autorität, mehr Verantwortung und ein schärferes Profil.

Volksvertretungen und Regierungen beschäftigen sich naturgemäß vor allem mit der Gegenwart und der näheren Zukunft. Sie konzentrieren sich auf die nächsten Wahlen. Was oft fehlt, ist eine langfristige Perspektive, wie die Ansprüche und Verpflichtungen der Bürger gegenüber dem Staat nach und nach neu geordnet werden können angesichts der grundlegenden Veränderungen in der Welt.

Wer gute langfristige politische Strategien entwickeln will, hat großen Bedarf an professioneller Beratung. Deswegen sollte neben der Stärkung eines verkleinerten Parlaments auch eine Stärkung der Beratungsgremien erfolgen. Zu diesem Zweck müssen unabhängige Spitzenkräfte in diese Gremien berufen werden. Sie müssen auf Anfrage – der Regierung *oder der Volksvertretung* –, aber auch *ungefragt* Empfehlungen aussprechen.

Die Arbeit der Beiräte könnte verbessert werden. Es wäre gut, wenn die Sachverständigen mehr Spielraum für Stellungnahmen hätten, die sie selbst für

notwendig erachten und die sie unaufgefordert vorlegen. Die Praxis, die Beiräte nach politischem Proporz zu besetzen, sollten wir hinter uns lassen. Hier werden die fachlichen Notwendigkeiten mit parteipolitischen Erwägungen belastet.

In dem von mir hier empfohlenen *dualen oder Zwei-Säulen-System* geht es also um mehr Kohärenz zwischen einer effektiveren Volksvertretung, die die Regierung, ihre politischen Entscheidungen, ihre Gesetzgebungsarbeit und ihre Legitimität demokratisch kontrolliert, einerseits und einem unabhängigen Kompetenznetzwerk aus Beiräten andererseits, damit die politisch Verantwortlichen die langfristigen Folgen ihrer Entscheidungen besser überblicken können.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Die Gegenbewegung kann noch nicht als Revolution bezeichnet werden. Mit effektiven Maßnahmen kann ihr Einhalt geboten werden. Das Funktionieren des demokratischen Systems lässt sich durch Vereinfachung verbessern. Mehr Nachrichten aus nichtkommerziellen Quellen und eine Verbesserung der Qualität des politischen Journalismus können hierzu beitragen. Die Parlamente sollten klare Regeln für den Debattenstil definieren und sie auch durchsetzen. Das alles lässt sich nicht von heute auf morgen erreichen, kann aber dabei helfen, unsere Demokratie zu verbessern.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich bin gern bereit, Fragen zu beantworten. Sie können sie gern auf Deutsch stellen, aber ich bitte um Verständnis, dass ich selbst auf Englisch antworte. Ich will Ihren Ohren keine Gewalt antun ...

Joris Voorhoeve

ehemaliger liberaler Volksvertreter

Dieser Beitrag wurde in eigenem Namen verfasst und gibt nicht die Meinung irgendeiner Organisation wieder.